Nr. 2



SONNTAG
25. Juni 1933

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Zu uns, wer kämpfen will!

Stillhalten ist Vernichtung!

Die Nationalsozialistische Partei hat sich durch einen Gewaltstreich des Deutschen Reiches bemächtigt und ist jetzt ganz folgerichtig bestrebt, alle Organisationen zu vernichten, die ihrer Alleinherrschaft gefährlich werden könnten. Dabei macht sie zwischen den verschiedenen Parteien nur taktische, keine prinzipiellen Unterschiede. Sie betrachtet die Vernichtung der Deutschnationalen genau ebenso als ihre Aufgabe, wie die der Kommunisten.

Jahrelang hatte sie die Kommunisten für ihre Zwecke eingespannt. Die Kommunisten halfen ihr im Kampf gegen alle Regierungen, die von den Sozialdemokraten unterstützt wurden, und holten ihr durch immer neue Amnestien immer wieder ihre Anhänger aus den Gefängnissen heraus. Sie halfen der Nationalsozialistischen Partei die Demokratie und alle freiheitlichen Errungenschaften der Arbeiterklasse herunterzureißen und das parlamentarische System zu unterminieren.

Ohne Hilfe der KPD. kein Sieg der NSDAP. Aber kaum hatte diese ihr Ziel erreicht, da führte sie schon den zerschmetternden Schlag gegen den Kommunismus.

Mit den Deutschnationalen hatten sich die Nazis koaliert. Allerdings hatten sie schon in Harzburg erklärt, daß sie das nur tun wollten, um diese Partner so rasch wie möglich wieder herauszusetzen. Sie haben sich dann der „leicht angedoften" Exzellenzen bemächtigt, um mit ihnen eine Regierung zu bilden, da nur auf diese Weise der Schein einer parlamentarischen Mehrheit geschaffen und Hindenburg zur Ernennung Hitlers verleitet werden konnte. Nachdem dies geschehen war, eröffneten sie sehr rasch den Kampf gegen alles, was Deutschnational, Schwarzweißrot oder Stahlhelm heißt. Jetzt kommt täglich neue Kunde von Verhaftungen, Verboten usw., die sich gegen die Gruppe Hugenbergs richten. Wie lange noch, und es wird nichts mehr von ihr übrig sein.

Hoch klingt das Lied von der deutschen Treue!

Das Zentrum hat sich, nach tapferen Versuchen einiger seiner Journalisten, die Unabhängigkeit der Partei aufrechtzuerhalten, widerstandslos gleichschalten lassen. Es hat das Ermächtigungsgesetz angenommen und damit sehenden Auges mitgeholfen, Deutschland des Charakters eines Rechtsstaates zu entkleiden. Es war am 17. Mai beeifert, dem neuesten Friedensapostel Hitler seine stumme Ergebenheit vor die Füße zu legen. Dadurch hat es aber nichts daran ändern können, daß ihm Herr Kube seine Vernichtung ankündigt. Zahlreiche Zentrumsführer sind unter entehrendem Verdacht verhaftet worden, und die Zentrumpresse, die längst den letzten Rest von Unabhängigkeit verloren hat, wird planmäßig den Händen der Partei entwunden.

Alle will der Nationalsozialismus vernichten: die Kommunisten, die Deutschnationalen, das Zentrum. Ist die Illusion überhaupt möglich, er könnte für die Sozialdemokratie eine Ausnahme machen?

Die Sozialdemokratie, jahrzehntelang und bis vor kurzem noch stärkste Partei Deutschlands, blieb auch nach dem schwindelhaften Aufstieg der NSDAP die zweitstärkste. Als eine Arbeiterpartei nach Herkunft und Wesen mit starkem Anhang in Angestellten- und Beamtenkreisen ist sie wie keine andere geeignet, das Sammelbecken aller Unzufriedenheit zu werden. Der Nationalsozialismus müßte sich selbst untreu werden, wenn er gutwillig gerade diejenige Partei bestehen lassen wollte, in der er seine gefährlichste Gegnerin erkennen muß.

Tatsächlich hat die Hitlerregierung nie auch nur einen Augenblick daran gedacht, die Sozialdemokratie zu schonen. Schon in der Nacht des Staatsstreichs hat sie den vernichtenden Schlag gegen die Parteipresse geführt mit der lügnerischen Begründung, ein Geständnis des Brandstifters beweise die Mitschuld der Partei am Reichstagsbrand. Haufenweise wurden die Funktionäre der Partei in Gefängnisse und Konzentrationslager verschleppt und manche von ihnen ermordet. Die Beschlagnahme des Parteivermögens und aller Einrichtungen der Arbeiterbewegung krönte das Werk.

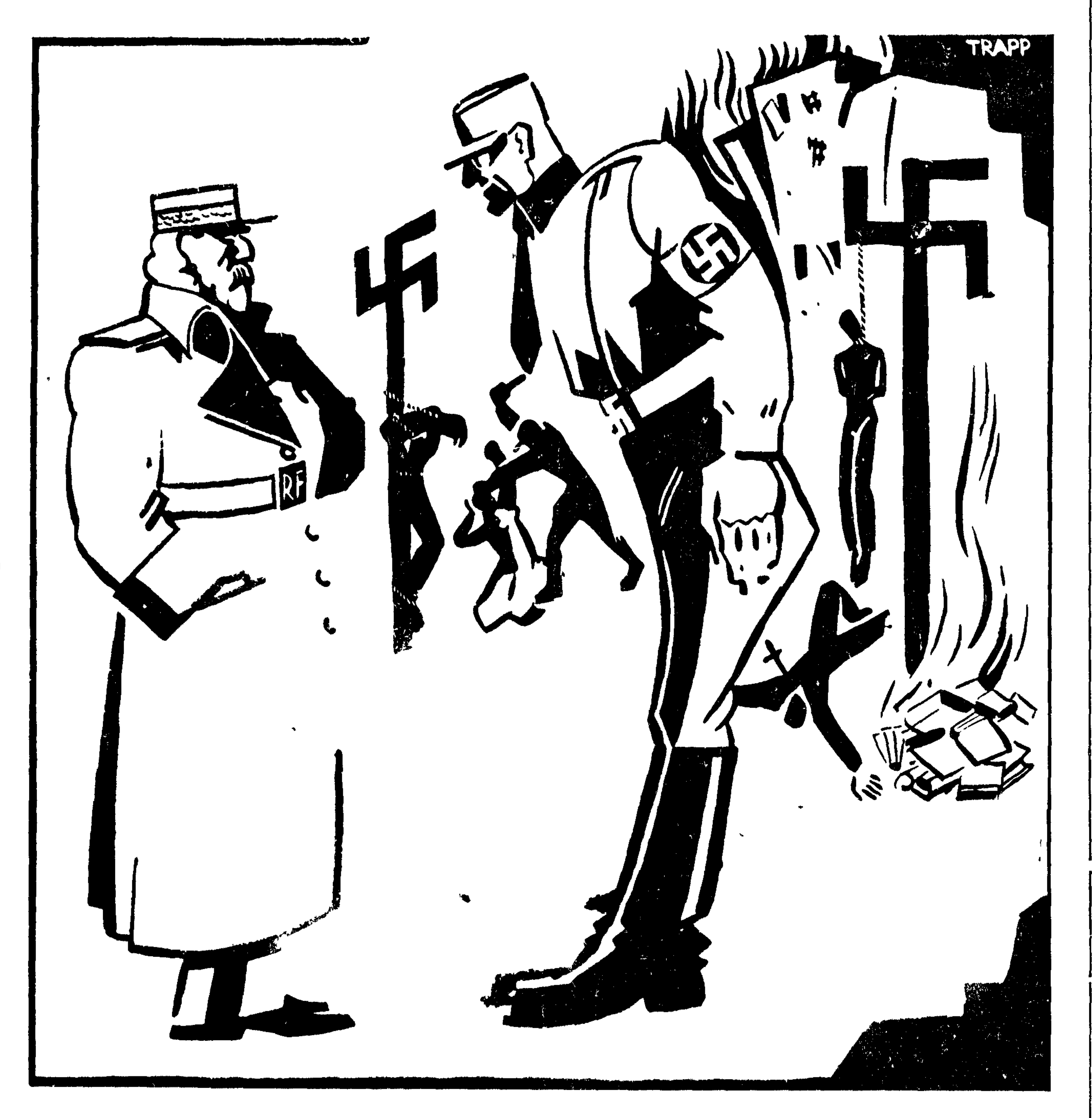
Auch das unglückliche Verhalten der Reichstagsfraktion am 17. Mai hat weder zur Freilassung der gefangenen Sozialdemokraten noch zur Zurückgabe des gestohlenen Arbeitervermögens geführt. Jetzt ist eine kurze Atempause wieder abgelöst worden durch eine neue Periode der Verfolgungen, für die man das Erscheinen dieses Blattes und das politische Auftreten der Männer, die hinter ihm stehen, zum Vorwand genommen hat. Freilich, daß diese Verfolgungen ausgeblieben wären, wenn es keinen „Neuen Vorwärts" gäbe, das kann nur ein Kind glauben.

Monatelang hat für alle im Ausland weilenden Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei der Grundsatz gegolten, daß im Ausland nichts getan werden dürfe, was den Genossen im Inland schaden könnte. Allgemein wurde Disziplin gehalten. Bis zum 17. Mai hat kein bekannter Sozialdemokrat im Ausland seine Meinung über die deutschen Zustände öffentlich geäußert. Wenn dann schließlich ein Wandel eingetreten ist, so eben deshalb, weil immer klarer die Erkenntnis durchbrach, daß Stillhalten nicht hilft!

Stillhalten hilft nicht! Es hilft nicht den Genossen im Inland, mit denen wir durch die Erinnerung an gemeinsam geführte Kämpfe untrennbar verbunden sind. Es hilft auch nicht der Organisation, deren Erhaltung uns genau ebenso am Herzen liegt wie irgend einem anderen Genossen. Der Wille zum Stillhalten ist eine natürliche Reaktion auf die fürchterliche seelische Folter, der jeder in Deutschland lebende Sozialdemokrat ausgesetzt ist, aber er ist nicht die Frucht einer politischen Ueberlegung.

Die Gruppe kämpfender Sozialdemokraten, die sich um den „Neuen Vorwärts" sammelt, wird von dem Wunsche geleitet, den Genossen in Deutschland nicht zu schaden sondern zu helfen. Geholfen werden kann nicht durch Stillhalten, sondern nur durch Aktivität. Der gefährlichen Redensart, daß jetzt Abwarten die „revolutionärste" Handlungsweise sei, setzen wir unsere Ueberzeugung entgegen, daß gerade jetzt für die sozialistische Arbeiterbewegung nichts verderblicher sein könnte als Nichtstun und Stillhalten. Mit dem Erscheinen des „Neuen Vorwärts" ist eine Flagge aufgezogen, die auch weit nach Deutschland hinein sichtbar werden wird. Sie ruft alle zur Sammlung, die kämpfen können und kämpfen wollen für die Befreiung Deutschlands von der Despotie des Verbrechens, für ein freies Volk!

Viererpakt



„Das geht ja fürchterlich zu bei euch. Müssen wir uns da nicht vorsehen?"
„Keine Sorge, Exzellenz! Krieg führen wir immer nur gegen Deutsche!"

Zuchthaus?

Deutschland ist keines.

In ausländischen Zeitungen hat man in der letzten Zeit oft gelesen, daß das Deutschland von heute ein Zuchthaus ist. Dieses Bild ist falsch. Ein Zuchthaus ist ein Organ eines Rechtsstaats, in dem jeder seine Pflichten und Rechte hat. Der Zuchthäusler weiß, warum er in das Zuchthaus gekommen ist und wann er wieder herauskommt; er weiß auch — dazu braucht er nur die Anstaltsvorschriften zu lesen — wie er sich zu verhalten hat, wenn er sich vor weiteren Unannehmlichkeiten bewahren will. Nein, wer sich an das Bild vom Zuchthaus hält, der wird sich eine ganz falsche Vorstellung machen von dem, was in Deutschland vorgeht.

Das Zuchthaus verkörpert die Macht des Gesetzes, aber das Deutschland von heute verkörpert das gerade Gegenteil davon: die Macht der Willkür. Kein Jurist kann sagen, was heute in Deutschland Recht ist, er kann das nicht, weil es desgleichen in Deutschland eben nicht gibt. Es herrscht nur das Recht des Stärkeren und der Zufall. Die einzige Regel, die klar erkennbar ist, ist die, daß gewisse Personen jedes Verbrechen begehen können — Mord, Totschlag, Menschenraube, Erpressung und Diebstahl — ohne daß sie zur Verantwortung gezogen werden können. Sie sind im Gegenteil besonders geschützt und wer ihre Taten beim richtigen Namen nennt, hat höchste Zeit, sein Testament zu machen. Fraglich ist nur, ob ihm das etwas nützt, denn vielleicht ist, ehe er unterschrieben hat, ihm seine ganze Habe durch sogenannte „Beschlagnahme" gestohlen worden.

Es ist von deutschnationaler Seite das Wort gefallen, Hitler habe den Kommunismus abgeschafft und dafür den Spartakismus eingeführt. Auch dieses Bild reicht an die Wirklichkeit nicht heran. Im Verhältnis zum Hitlerismus war der Spartakismus geradezu harmlos. Die Spartakisten hatten z. B. seinerzeit das „Vorwärts"-Gebäude besetzt, aber es fiel ihnen doch nicht ein, die gesamte Einrichtung, — Papier, Maschinen, Schriftenmaterial usw. — auf eigene Rechnung zu verschleudern, wie das die SA im Hause der „Leipziger Volkszeitung" gemacht hat. Spartakusführer hatten niemals von ihren Gegnern durch Androhung sonstiger Verhaftung die Ueberantwortung ihres Eigentums erpreßt, wie das manche SA.-Führer getan haben. Sie haben auch nicht „Haussuchungen" zum Zweck der Plünderung arrangiert, wie das von SA.-Führern in zahlreichen Fällen geschehen ist. Wahrscheinlich ist in den fünf Monaten seit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler mehr gestohlen worden als in den ganzen 14 Jahren zuvor. Aber da diese Diebstähle von den Bestohlenen aus Furcht gar nicht angezeigt, geschweige denn bestraft worden sind, fehlt jede Möglichkeit einer vergleichenden Statistik

Der „Vorwärts" hat seinerzeit einen

scharfen Feldzug gegen Max Hölz geführt, weil dieser einen seiner Gefangenen durch einen Schlag ins Gesicht mißhandelt hatte. Der „Vorwärts" schrieb damals, daß das Schlagen wehrloser Gefangener die größte Gemeinheit sei; er sagte, ein Mann, der zu so etwas fähig wäre, sei kein Revolutionär, sondern nur ein tollgewordener Feldwebel.

Das war wegen eines einzigen Schlags! Wieviel wehrlose Gefangene sind seitdem in Deutschland mit unzähligen Schlägen mißhandelt, ja zu Tode geschlagen worden! Im Verhältnis zu manchem SA.-Führer war Max Hölz ein tadelloser Kavalier.

Nein, man soll Deutschland nicht ein Zuchthaus nennen. Im Zuchthaus eines geordneten Staates sitzen die Verbrecher gefangen und werden dort von ehrlichen Leuten bewacht. In Deutschland sitzen die ehrlichen Leute und werden von Verbrechern festgehalten. Wenn man das heutige Deutschland ein Zuchthaus nennt, tut man dem Zuchthaus unrecht!

Antwort an Joseph Goebbels.

Die Moral chinesischer Räuberbanden.

Auf einer Kundgebung der nationalsozialistischen Partei in Hamburg am 16. Juni hielt Goebbels gegen die Prager sozialdemokratischen Emigranten eine Brandrede, in der er die in Deutschland gebliebenen Führer der Sozialdemokratie, vor allem den Abgeordneten Loebe, für die Tätigkeit der Emigranten voll verantwortlich und als Geiseln haftbar machte.

„Der Marxismus", erklärte er u. a., „sendet seine Giftpfeile nur noch aus dem Verborgenen; aber auch dieses Tun erfordert unsere ganze Wachsamkeit. Wir trauen nicht dem Spiel, das zur Zeit in der SPD. getrieben wird. Wir glauben noch nicht dem Abrücken von den Prager Emigranten. Eines aber sollen diese Herren wissen:

Wenn sie uns von Prag aus Schwierigkeiten machen, dann halten wir uns an die, die in Deutschland geblieben sind! Wir werden mit ihnen nach dem Sprichwort verfahren: Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen!

Darüber müssen die Herren vom „Vorwärts" sich klar sein: wenn Herr Loebe mit der Miene eines falschen Biedermanns erklärt: „Ich kenne Euch nicht mehr, Ihr Brüder in Prag, Zürich und Paris!", so können wir darauf nur antworten:

„Wir können sie nicht fassen, deshalb müssen wir uns an Euch schadlos halten"!

Am Tag nach dieser Rede hatte Gen. Stampfer eine Unterredung mit dem Prager Vertreter des Amsterdamer sozialdemokratischen Blattes „Het Volk", in der er sagte:

„Die Rede, die Goebbels in Hamburg gehalten hat, wundert keinen, der diesen Mann kennt. Der Propagandaminister des Dritten Reiches propagiert Moral und Methoden jener chinesischen Räuberbanden, die ihre Opfer ins Gebirge verschleppen, um an den Angehörigen Erpressungen zu verüben. Er wird aber damit kein Glück haben.

Wir, die wir jetzt in Prag sind, waren bis vor ganz kurzem noch in Berlin. Wir haben alle Schändlichkeiten der nationalsozialistischen Verbrecherwirtschaft aus allernächster Nähe miterlebt. Wir haben Deutschland verlassen, nicht um uns in Sicherheit zu bringen und der Ruhe zu pflegen, sondern um den Kampf aufzunehmen. Daran wird uns kein Goebbels hindern!

Man sagt uns nun, daß wir durch unser Handeln unsere Freunde im Inland gefährden. Darauf antworten wir: Die Schuld an den furchtbaren Verbrechen, die in Deutschland in den letzten Monaten verübt worden sind, und an den neuen, die vorbereitet werden, tragen nicht wir, sondern die augenblicklichen Machthaber.

Wenn Hitler und die Seinen jetzt für das, was wir tun, Rache nehmen wollen an andern, die es nicht getan haben, so fehlt uns leider augenblicklich die Macht, sie daran zu hindern. Wir können nur erklären, daß sie sich durch ein solches Handeln außerhalb der Menschheit stellen und sich für spätere Zeiten des Rechtes begeben, als Menschen behandelt zu werden. Wollen sie also den Weg der Bestialität zu Ende gehen, so kann noch die Stunde kommen, in der sie das bitter bereuen werden."

„Herr Goebbels", sagte der Vertreter von „Het Volk", „hat Sie auch beschuldigt, Sie wollten von Prag aus das Deutsche Reich in internationale Schwierigkeiten stürzen. Wie steht es mit dieser Behauptung?" — Gen. Stampler erwiderte:

„Ich kann nur sagen, daß das eine Behauptung eben von Goebbels ist. Herr Goebbels ist nicht dumm genug, um nicht zu wissen, wer es war, der das Reich in internationale Schwierigkeiten stürzte. Vor ein paar Monaten noch hätte es kein Mensch für möglich gehalten, was jetzt geschehen ist, daß nämlich eine deutsche Regierung es fertigbringen könnte, einen Konflikt mit dem kleinen Deutschösterreich vom Zaun zu brechen und dabei die ganze Welt einschließlich Italiens gegen sich zu vereinigen. Vor dem mächtigen Frankreich kriecht die Hitlerregierung, dem kleinen Deutschösterreich zeigt sie die Faust.

Solange wir Einfluß auf die Außenpolitik hatten, konnte sich Deutschland aus dem Abgrund der Niederlage, in den es der Nationalismus gestürzt hatte, allmählich wieder erheben und überall in der Welt Freunde gewinnen. Seit Hitler und Goebbels am Ruder sind, wird Deutschland in der ganzen Welt wie ein Aussätziger behandelt.

Nein, nicht wir stürzen das Reich in internationale Schwierigkeiten, wir wollen es aus den internationalen Schwierigkeiten befreien, in die es durch die maßlose Unfähigkeit der Hitlerregierung geraten ist. Wir glauben auch nicht, daß ein Kulturvolk wie das deutsche die Schande der gegenwärtigen Zustände auf die Dauer ertragen kann. Das deutsche Volk wird seine Ehre und seine Freiheit wieder herstellen durch den Sturz des jetzigen Regimes, und wir wollen ihm dabei helfen!"

Einfach aufhängen

„Was aber „Stampferleben" und seinen neuen „Vorwärts" angeht: Da sollte man für jeden Hetzartikel, der im Ausland losgelassen wird, einen der SPD-Funktionäre, die sich noch in Schutzhaft befinden, oder sonst greifbar sind, einfach aufhängen."

Fränkische Tageszeitung in Nürnberg, Herausgeber Julius Streicher.

Um die Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie.

Aus Berlin wird der „Internationalen Information" geschrieben:

Das Ringen um die neue sozialdemokratische Kampfform in Deutschland hat in der Führung der deutschen Sozialdemokratie zu einem überaus ernsthaften Konflikt geführt. Der Konflikt erscheint äußerlich als ein Streit um die Frage, wer die deutsche Sozialdemokratie führen soll: der Parteivorstand in Prag oder eine andere Körperschaft in Berlin. Das könnte eine reine Zweckmäßigkeitsfrage sein — aber in Wahrheit verbirgt sich dahinter der Streit um die Frage, wie und auf welcher Linie die deutsche Sozialdemokratie kämpfen soll. Es ist ein entscheidender Konflikt um das Wesen der deutschen Sozialdemokratie ausgebrochen. Die Frage: Behauptung der alten Organisation oder Herausbildung einer neuen Kampfform ist zugleich die Frage nach der grundsätzlichen politischen Linie.

Jede Möglichkeit der Beeinflussung des Staatswillens durch politische Parteien in verfassungsmäßig geregelter Form ist in Deutschland zerschlagen. Gegen die Despotie gibt es keine parlamentarische oder verfassungsmäßige Opposition, sondern nur die Revolution. Die Sozialdemokratische Partei hat bisher ihre historisch gewordene Macht in der Form der legalen parlamentarischen Partei angewandt. Mit dem Sturze der Demokratie ist diese Form der Machtäußerung und der politischen Aktivität unmöglich geworden. Dem Regime ohne wirkliches Parlament und ohne Anerkennung von Staatsbürgerrechten gegenüber sich auf parlamentarische Opposition beschränken zu wollen, würde den Uebergang zu einer Systempartei bedeuten. Die neue Form der Machtäußerung der Sozialdemokratischen Partei muß deshalb revolutionär sein. Daß die Sozialdemokratie in den Scheinparlamenten nicht in der Rolle der unversöhnlichen Opposition auftreten kann, ergibt sich aus den Erfahrungen vom 17. Mai. Schon die Andeutung des Versuchs einer eigenen, nicht einmal unversöhnlichen Haltung im Reichstag hat terroristische Morddrohungen hervorgerufen. Als darnach die preußische Landtagsfraktion im Landtag eine zurückhaltende Erklärung abgab und gegen das preußische Ermächtigungsgesetz stimmte, wurde sie mit wilden Terrordrohungen überschüttet, es wurde ihr bedeutet, sie habe „zu schweigen und sich zu schämen".

Es gibt keine Parlamente mehr in Deutschland: denn es wird nur noch solches Auftreten von Parlamentsfraktionen geduldet, das das faschistische System gestattet. Grundsätzliche Opposition und wahrhaftige Kritik sind verboten.

Deshalb muß sich die neue Kampfform den veränderten Kampfbedingungen anpassen. Sie muß die Trägerin einer unbarmherzigen, wahrhaften und enthüllenden Kritik am Wesen des Regimes und seinen Taten sein. Sie muß die offiziellen Lügen zerstören und der Wahrheit Bahn brechen. Sie muß vom sozialistischen Standpunkt aus den reaktionären Charakter des Regimes, seine Verderblichkeit für das ganze Volk aufzeigen. Sie muß die Kräfte der Freiheit und des Rechts aufs neue wecken und fördern. Sie muß das Regime geistig erschüttern und die Massen auf den Sturz des Regimes vorbereiten.

Gegen diese völlige Umstellung aber haben sich Widerstände aus der alten Form heraus erhoben. Daraus ist der Konflikt entstanden, der nun zum öffentlichen Ausbruch gekommen ist.

*

Der Parteivorstand in Prag hat eine aktive unversöhnliche Propaganda gegen das Regime schnellstens in Gang bringen wollen. Aus Zweckmäßigkeitsüberlegungen wollte er diese Propaganda von außen her dirigieren. Gegen diese Absicht hat sich heftiger Widerstand aus dem alten Apparat heraus erhoben — aber auch aus den Parlamentsfraktionen, die in der bisherigen Formierung der deutschen Sozialdemokratie stark führend gewirkt haben.

Der Widerstand kommt aus den verschiedensten Motiven. Nebeneinander stehen die Anschauungen, daß der alte Parteivorstand versagt und deshalb nicht mehr führend tätig sein könne, wie die Meinung, daß der Parteivorstand in Prag viel zu sehr ins revolutionär-aktivistische abgeglitten sei. Seine politische Linie wird von links und von rechts angegriffen.

Gegen die Absicht klarer unversöhnlicher Propaganda wird ins Feld geführt, daß es zunächst gelte, zu erhalten, was noch von der sozialdemokratischen Partei da ist und das wenige von öffentlichen Auftreten, was das Regime noch duldet, nicht durch illegale Arbeit zerstören zu lassen. Diese Ansicht geht bis zu der Erklärung, daß im Augenblick stillehalten die revolutionärste Tätigkeit sei. Man muß verstehen, daß den dauernd unter terroristischen Drohungen stehenden Funktionären das wenige von Ausdrucksmöglichkeit schon viel erscheint! Der Terror hat gewirkt — er hat die Sorge um die Gefährdung von Tausenden von Sozialdemokraten stärker gemacht als den inneren Zwang, dem System schonungslose Anklagen ins Gesicht zu schreien!

Weiterer Widerstand erwächst aus der Anschauung, daß der Zeitpunkt der Eröffnung einer angriffsweisen Propaganda jetzt schlecht gewählt sei.

Schließlich wirkt der Gegensatz, der am 17. Mai zwischen der Mehrheit der Reichstagsfraktion und weiten Parteikreisen sowie dem Parteivorstand hervorgetreten ist.

Es sind die heterogensten Ansichten und Motive, aber sie alle sind zusammengeflossen in einer einzigen Einheitsfront, die auf einem einheitlichen Ressentiment beruht: gegen Prag! Das ist ein Funktionärressentiment. Wie weit es den Stimmungen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter entspricht, ist schwer zu überblicken, aber zweifellos ist ein starkes allgemeines Ressentiment gegen eine Führung von außerhalb vorhanden.

Dieses Ressentiment lenkt von der eigentlichen Problemstellung ab, es stört die Klärung der Frage, welche Taktik die deutsche Sozialdemokratie gegenüber dem System einschlagen soll. Schon sind in bürgerlichen Kreisen Kräfte am Werke, die aus dem Ressentiment gegen die Führung von außen ein Sichabfinden der deutschen Sozialdemokratie, eine Absicht der positiven Opposition auf der Grundlage der Anerkennung des Systems herauslesen wollen! Ueber diese Dinge aber herrscht in der Front gegen Prag, die sich jetzt herausgebildet hat, nichts weniger als Einmütigkeit.

Das beklagenswerte Ergebnis ist, daß Zwiespalt die Herausarbeitung einer kämpferischen Linie gegen das System der Despotie verhindert! Die Gefahr ist brennend, daß alte entscheidende Fehler wiederholt werden, daß mehr Wert auf Konservierung von Institutionen gelegt wird als auf die Hochspannung der Idee. Daß man wie zuvor außer acht läßt, daß gläubiges Massenvertrauen nicht durch bloßes Vorhandensein gewonnen wird, sondern durch Tätigkeit. Daß man in der Politik über der reinen Vernunft der Zweckmäßigkeit die ungeheuer wichtigen Gesinnungswerte vergißt.

Dies Ressentiment gegen die Führung von außen aber hat zugleich die Auseinandersetzungen um die Taktik vergiftet. In der „Frankfurter Zeitung" vom 9. Juni erschien ein Aufsatz „Politik aus dem Exil", der mit der Absicht der Diffamierung des im Ausland befindlichen Parteivorstandes auch eine Denunziation verbindet. Es heißt darin:

> „Wenn aber die Abgeordneten darüber hinaus noch glauben, einen tatsächlichen oder gar moralischen Anspruch auf die Parteiführung zu haben, wenn sie glauben, die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre hätten die Neigung, sich von Prag aus durch Herrn Wels, Herrn Stampfer, Herrn Vogel und die vielen anderen, deren Benennung wir uns sparen, dürfen (schon weil wir ihren Anteil an jener Forderung im einzelnen nicht kennen) vorschreiben zu lassen, was sie in Deutschland tun und denken sollen, dann befinden sich die Exilierten in einem so traurigen Irrtum über die wahre Lage, daß wir uns für verpflichtet halten, sie darauf aufmerksam zu machen."

Dieser Aufsatz ist in den Tagen erschienen, in denen der in Berlin befindliche Teil des Parteivorstandes wie die preußische Landtags- und Reichstagsfraktion ihre Beschlüsse gegen den Parteivorstand in Prag gefaßt und veröffentlicht haben. Er war nicht eine Folge dieser Beschlüsse, sondern Begleitmusik zu dem Stoß gegen den Parteivorstand in Prag.

Mit diesen journalistischen Methoden wird ein vorhandenes Ressentiment bis zu Haß und Hetze gesteigert! Das macht den Konflikt, dessen Lösung nun versucht werden muß, so überaus gefährlich!

Neuwahl eines Parteivorstandes in Berlin.

Ueber eine Sitzung der in Berlin anwesenden Mitglieder des Parteivorstandes mit Vertretern aus den Bezirken und mit den Vorständen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion, die am Montag dem 14. Juni im Preußischen Landtag stattgefunden hat, berichtet das Conti-Büro, daß in dieser Sitzung die Mitglieder des Parteivorstandes ihre Aemter zur Verfügung gestellt haben. Die Konferenz beschloß, die Führung der Parteigeschäfte den Genossen Westphal, Stelling, Rinner und Künstler zu übertragen, unter Hinzuziehung der Vorsitzenden der Reichstags- und Landtagsfraktionen. der Genossen Löbe und Szillat.

Die Beschlüsse der Fraktionen über das Verbleiben des Sitzes der Leitung der SPD. in Deutschland wurde durch die Annahme folgender Erklärung erneut bekräftigt:

> „Der neugewählte Parteivorstand in Berlin hat allein die verantwortliche Führung der Partei. Solche Parteigenossen, die ins Ausland gegangen sind, können keinerlei Erklärungen für die Partei abgeben. Für alle ihre Aeußerungen lehnt die Partei jede Verantwortung ausdrücklich ab."

In einer weiteren Veröffentlichung des VDZ.-Bureaus über diese Sitzung heißt es, daß der neue Vorstand aus sechs Mitgliedern mit gleichen Rechten bestehe. In der Sozialdemokratischen Partei herrsche also nicht das Führerprinzip, ja es ist nicht einmal ein Vorsitzender dieses neuen Gremiums bestimmt worden. Aufgabe dieses verkleinerten Parteivorstandes dürfte es, wie das VDZ.-Bureau weiter meldet, zunächst sein, zu versuchen, mit der Regierung Verhandlungen darüber anzubahnen, ob die in Schutzhaft befindlichen sozialdemokratischen Führer freigelassen und das beschlagnahmte Parteivermögen freigegeben werden könne.

Die Mitglieder des Parteivorstandes, die sich in Prag befinden, haben ihre Auffassung über ihr Verhalten zu den in

Deutschland verbleibenden Genossen in dem Leitartikel der ersten Nummer des „Neuen Vorwärts" dargelegt:

„Wir erklären, daß wir die Verantwortung für unser Tun allein tragen, und daß keine Organisation oder Körperschaft in Deutschland dafür mit verantwortlich gemacht werden kann. Wir stellen unser Verhältnis zu unsern Genossen in Deutschland auf den Boden vollkommenster Freiwilligkeit. Niemand ist durch Parteidisziplin verpflichtet, sich zu uns zu bekennen."

Diese unsere Auffassung halten wir auch nach den Beschlüssen der Berliner Konferenz in vollem Umfang aufrecht.

Gärung in der SA.

Flugblätter verteilt — erschossen aufgefunden.

Der Düsseldorfer Polizeipräsident erließ am 10. Juni folgende Bekanntmachung:

„In den letzten Tagen wurden wiederholt Flugblätter verteilt mit der Aufschrift „Alarm, Kampfblatt der Gruppe revolutionärer SA-Leute der Standarte 39".

Einer dieser Flugblattverteiler, dessen Personalien bisher noch nicht festgestellt werden konnten, wurde in vergangener Nacht auf der Rheinbrücke erschossen aufgefunden. Ich warne alle diejenigen, die sich an der Verbreitung dieser Flugblätter beteiligen, und mache darauf aufmerksam, daß ich mit allen Mitteln gegen die Verteiler vorgehen werde, da durch sie die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört wird. Des weite berechtige ich die gesamte SS und SA sowie die Beamtenschaft, die Flugbl. verteiler sofort **festzunehmen**. Bei Widerstand ist mit Waffengebrauch zu rechnen."

Auch in anderen Gegenden der Reichs wächst die Gärung in der SA. So wird uns z. B. aus Kiel berichtet, daß dort am 2. Pfingstfeiertag die SA und SS die gesamte Einrichtung eines Ausflugslokals zertrümmerten. Sie brauchten die Tische und Stühle, um sich gegenseitig die Köpfe einzuschlagen.

*

Gegen Dr. Otto Strasser, den Bruder des bekannten früheren nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Gregor Strasser, ist Haftbefehl wegen angeblichen Hochverrats erlassen worden. Die „Schwarze Front", deren Führer Otto Strasser ist, steht in enger Verbindung mit den revolutionären Kräften in der SA und SS.

*

1800 Mann SA. in Frankfurt rebellieren.

Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet:

Die unterirdischen Kräfte, die das Hitlerregime immer weiter treiben, so daß es sich eines Tages selbst auffressen muß, regen sich stärker und stärker in den Landsknechtsformationen. In Frankfurt ist es zu einer glatten Revolte gegen Hitler gekommen. Die dortige SA. besteht zum großen Teil aus proletarischen Elementen, die früher schon einmal bei der kommunistischen Partei waren und dann ins andere Extrem gefallen waren. Ihre Enttäuschung über den „kapitalistischen Führerklüngel" steigt von Tag zu Tag. Um die Leute abzulenken, schickte man sie in die Pfalz und hetzte sie den dortigen Sozialdemokraten und Juden auf den Hals. Aber als sich die sinnlose Wut dieser hemmungslosen Elemente in einigen mit beispiellosen Grausamkeiten geführten Terroraktionen abreagiert hatte, kamen sie wieder nach Frankfurt zurück und nun kam die aufgespeicherte Enttäuschung zur Explosion.

In einer Mitgliederversammlung am 5. Juni trat ein SA.-Unterführer auf und erklärte unter stürmischer Zustimmung der versammelten SA.-Leute, die Abkommandierung nach der Pfalz sei offenbar erfolgt, weil man die „echten Sozialisten loswerden" wolle; die SA. verlange jetzt endlich ganze Arbeit. Man solle sagen, was werden wird; durch Haussuchung bei Marxisten, durch Mißhandlung von Frauen und Kindern und durch die Beförderung jugendlicher Prinzen zu Oberpräsidenten (gemeint ist die Ernennung des Prinzen von Hessen zum Oberpräsidenten von Kassel) käme kein Sozialismus. Mit dem Rufe „Wo bleibt der sozialistische Vierjahresplan?" verließ der Redner die Tribüne.

Der anwesende SA.-Oberführer von Jagow hatte während der Rede vergeblich versucht, zu unterbrechen; als er anscheinend reden wollte, wurde er niedergeschrien. Er verließ mit seiner Begleitung den Saal; die SA.-Leute blieben jedoch sitzen und sangen ihre Lieder, sobald irgend jemand, der als linientreu galt, reden wollte. Schließlich wurde die Absendung eines Telegramms an Hitler beschlossen mit folgendem Text:

„Frankfurter SA. fordert das sozialistische Programm und den sozialistischen Vierjahresplan. Frankfurter SA. fordert bindende Antwort binne drei Tagen."

Auf Grund dieses ultimativen Telegramms erfolgte die Auflösung der gesamten SA. Sämtliche Unterführer wurden ihrer Stellung enthoben. Rund 1800 Mann wurden ausgeschlossen. Ein Sonderkommissar Hitlers hat die Neubildung in die Hand genommen.

Hitlers kleiner Krieg

Oesterreich verteidigt die deutsche Kultur

Während Hitler Friedensreden hält und Viererpakte unterschreibt, betreiben seine Agenten mit Mordanschlägen und Sprengstoffattentaten die Eroberung Oesterreichs.

Das ist die erste reife Frucht nationalsozialistischer Außenpolitik: eine bis zum Zerreißen verschärfte Spannung zwischen den beiden deutschen Staaten und geschlossene Parteinahme der Mächte für den angegriffenen schwächeren Teil. Oesterreich ist heute der Liebling der Welt, wie es vor neunzehn Jahren Belgien war.

Wie dieser Konflikt entstand, zu schildern, wäre keine Satire bitter, kein Hohn blutig genug. Er beginnt mit einigen ordinären Lausbübereien der sogenannten „Minister" Goebbels und Frank II, begangen auf österreichischem Boden. Er führt, weil sich Wien diese Lausbübereien nicht schafsgeduldig gefallen läßt, zur Verhängung der 1000-Mk.-Gebühr, das heißt zur tatsächlichen Grenzsperre gegen Oesterreich und zu dem räubermäßigen Ueberfall auf den exterritorialen Vertreter Oesterreichs, Dr. Wasserbäck, schließlich zu dem Mordanschlag auf Steidle, zu Sprengstoffangriffen auf die Heimwehr und weiteren blutigen Gewalttaten. Die Regierung Dollfuß antwortet auf diese Eröffnung der Feindseligkeiten mit dem Verbot der NSDAP. und seiner bewaffneten Formationen. Dazu schreibt nun das Leitorgan der christlichsozialen Regierungspartei, die „Reichspost":

„Das Maß war voll. Nun hat alle Nachsicht und alle Schonung ein Ende. **Oesterreich kann seine Landeskinder nicht von Absolventen einer Verbrecherschule, die sich Partei nennt, heimtückisch ermorden lassen.** Das ist der neue Geist, die Erneuerung der deutschen Nation, der Um- und Aufbruch der deutschen Seele, die restlose Säuberung des deutschen Volkes von allem Fremdartigen, die der Nationalismus in täglichen Prahlereien zu bringen verspricht? Das ist das neue, das bessere Deutschtum, das er uns bescheren will? Nun kennen wir die nationalsozialistische Wirklichkeit, sie ist hemmungslosester Fanatismus, das ist nicht mehr Partei, sondern organisierte Verschwörung, organisierter Ueberfall, organisierter Heimatsverrat, **das ist nicht mehr Politik, weder nationale, noch soziale, sondern systemisiertes Verbrechen.** In Oesterreich ist der Nationalsozialismus von heute an bis auf weiteres nicht mehr eine politische, sondern eine kriminelle Angelegenheit."

Oesterreich befindet sich heute in einem ähnlichen Zustand wie Deutschland im Juli 1932, als in Ostpreußen und Schlesien die nationalsozialistischen Revolver knallten und die nationalsozialistischen Bomben krachten. In Deutschland war aber an leitenden Stellen nicht die Erkenntnis vorhanden, daß man den Staat gegen eine Verbrechergesellschaft mit allen Mitteln verteidigen muß. Dieser Verteidigungswille, den man eigentlich bei jedem ehrlichen Menschen als vorhanden annehmen muß, wurde geschwächt einmal durch den Aberglauben, daß diese Verbrechen aus irgend einer „nationalen" Gesinnung heraus verübt worden seien und zweitens durch den anderen Aberglauben, man könne eine Verbrechergesellschaft zur Sachlichkeit erziehen, indem man ihr die Regierung in die Hand gebe.

Auch in Oesterreich waren zeitweilig solche gefährliche Gedankengänge häufig anzutreffen, und die christlichsoziale Partei schien bereit, sich mit den Nazis zu koalieren. Erst die letzten Tage und Wochen haben eine gründliche Ernüchterung gebracht. Mit dem Anspruch, auf diese Weise die deutsche Kultur gegen das Vandalentum des Nordens zu verteidigen, setzt sich die Wiener Regierung zur Wehr, und die Sympathien der ganzen Welt fliegen ihr zu.

In Genf schmachvolle Niederlage gegenüber dem jüdischen Angestellten Bernheim aus Oberschlesien, ein paar Tage später blamabler Abmarsch der Ley-Delegation aus der Arbeitskonferenz, im Baltikum plötzlicher Boykott gegen Lettland und gleich darauf kläglicher Widerruf. Rückzug bei der Verhaftung Wasserbäcks, Rückzug der deutschen Delegation nach Ueberreichung des Hugenberg-Memorandums auf der internationalen Wirtschaftskonferenz, welche Regierung vor Hitler hätte sich eine solche Fülle außenpolitischer Niederlagen und Blamagen leisten können, ohne mit Schimpf und Schande fortgejagt zu werden?

Es ist sicher wahr, daß dieses ganze Treiben, das den Namen „Außenpolitik" nicht mehr verdient, nicht nur unverschämt, sondern noch mehr als das feige ist. Gänzlich unempfindlich gegen alle Argumente des gesunden Menschenverstandes und der Moral, reagiert es mit der Empfindlichkeit eines Seizmographen auf alle Argumente der Gewalt. Es kennt keine Schonung für den Schwächeren, tritt aber mit Bestimmtheit den Rückzug an sowie er sich einem Stärkeren gegenüber sieht.

Diese längst klar erkannte Seeleneigenschaft des Nationalsozialismus bietet dem Ausland eine gewisse Beruhigung. Für das deutsche Inland kann sie nur eine Quelle dauernder Beunruhigung sein. Das Ausland hat das Vertrauen zu der gegenwärtigen Reichsregierung, daß sie im Ernstfall entweder klein beigeben oder unter den ungünstigsten Voraussetzungen für Deutschland in einen Krieg hineinschlittern wird. Dieser Gedanke ist für alle Gegner Deutschlands sehr beruhigend. Ist er es für uns auch?

Herr Dollfuß hat mit Recht gesagt, daß Oesterreich in seinem Kampfe mit dem Dritten Reich die deutsche Kultur verteidigt. In gleicher Weise verteidigen alle Deutschen, die den Kampf gegen die Hitlerbarbarei führen, die deutsche Nation. Die Hitlerbarbarei ist trotz ihrer nationalen Tiraden nichts anderes als der willkommene Bundesgenosse aller Feinde Deutschlands. Der unablässige, unerbittlichste Kampf gegen sie ist daher die nationalste Aufgabe, die es heutzutage für einen Deutschen gibt. Wer da zusieht, wie Deutschland dem Abgrund zugeführt wird und sich dagegen nicht auflehnt, der begeht wirklichen Landesverrat!

Als Deutsche wünschen wir dem kleinen Deutsch-Oesterreich im Verteidigungskampf gegen die braune Flut jeden Erfolg! F. St.

150 SA.-Meuterer ins Konzentrationslager

Am Donerstag dem 15. Juni kam es in Dresden zu einer schweren SA.-Revolte. In einer Versammlung der SA. kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der SA. und ihren Führern. Als es den Führern der SA. nicht gelang, die Ruhe herzustellen, griff die SS. ein und setzte die rebellierenden SA.-Leute fest. 100—150 SA.-Leuten wurde die Uniform abgenommen und die „Meuterer" wurden ins Konzentrationslager Hohenstein gebracht.

Hitlerpolizei öffnet Transitpost!

Diplomatische Weiterungen.

Englische Blätter berichten, daß sich die Geheime Staatspolizei nicht darauf beschränkt, Briefe zu öffnen, die bei deutschen Poststellen eingeliefert werden oder ankommen, sondern daß sie neuerdings auch die ausländische Transitpost durchschnüffelt, die ihren Weg über Deutschland nimmt. So ist ein Brief, den ein Absender in der Schweiz an einen Freund in London richtete, in Deutschland aufgeschnitten worden. Das gleiche Schicksal erlitt ein Schreiben, das aus der Tschechoslowakei nach Paris ging. In beiden Fällen erhielt der Umschlag den Vermerk, daß die Briefe amtlich geöffnet worden seien. Nach der englischen Presse dürfte dieser gewaltsame Einbruch in die Rechtssphäre ausländischer Postverwaltungen diplomatische Weiterungen nach sich ziehen.

Der liebe Gott ist auch ein Jude!

„Wir nennen uns Christen, aber wir sind es nicht und können es nicht sein. Das Christentum ist unvereinbar mit unserer Rasse. Der gekreuzigte Asket ist ein Gott für Greise und Kranke. Unsere Jugend ist religiös, gewiß, aber sie ist auch heidnisch, weil sie deutsch ist. So hat sie ein intensiveres Innenleben als viele Christen. Man verleumdet sie, wenn man sie des Atheismus und der Oberflächlichkeit beschuldigt, und man beleidigt damit das tiefe religiöse Gefühl unserer nordischen und deutschen Seelen. Im Namen des Hakenkreuzes, des alten Symbols des nordischen Lebens, und nicht im Namen von Golgatha feiert Deutschland heute seine Auferstehung."

Graf Reventlow, im „Reichswart".

Steuerhinterziehung — so und so!

Korruptionsdezernent Freißler verordnet...

Der Leiter des Korruptionsdezernats, Dr. Freißler, erläßt eine Bekanntmachung folgenden Inhaltes:

An sich obliege selbstverständlich dem Korruptionsdezernat das Aufspüren jeder Art der Steuerhinterziehung. Es sei aber streng zu beachten, daß nicht jede Art von Steuerhinterziehung strafrechtlich und steuerrechtlich zu verfolgen sei. Denn es sei oft vorgekommen, daß nationale Persönlichkeiten nur deswegen sich eines Vergehens gegen die Steuergesetzgebung schuldig gemacht hätten, um auf diese Weise den Kampf gegen das System der Weimarer Republik besonders erfolgreich zu führen. In solchen Fällen sei es natürlich nicht die Aufgabe des Korruptionsdezernats, einzuschreiten.

Der Landgerichtspräsident Dr. Dietrich-Hechingen hat bekanntlich bereits eine Liste der Handlungen aufgestellt, die straffrei bleiben, wenn sie im Interesse der NSDAP begangen wurden. (Mord, Totschlag, Sprengstoffattentate, Brandstiftungen, Körperverletzungen usw.). Dieser Reihe ist nun noch die Steuerdefraudation hinzuzufügen.

Werwolf und Stahlhelm — marxistisch?

Das sächsische Ministerium des Innern hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Feber 1933 den „Werwolf" samt seinen Unterverbänden für das Gebiet des Freistattes Sachsen aufgelöst und verboten.

*

In Braunschweig, Ostpreußen, Westdeutschland und anderen Gegenden wurden die Ortsgruppen des Stahlhelms aufgelöst, die Führer verhaftet. In Braunschweig verbot die Regierung eine öffentliche Veranstaltung, bei der der Reichsarbeitsminister Seldte, der Führer des Stahlhelms, der vor kurzem seinen Beitritt zur NSDAP erklärt hat, sprechen sollte.

Deutschnationale Rednerin verhaftet

Wie aus Essen gemeldet wird, wurde die deutschnationale Rednerin Frl. Stubenrausch aus einer deutschnationalen Mitgliederversammlung in Kupferdreh heraus wegen schwerer Beleidigung der Reichsregierung von der Polizei verhaftet.

Ehrung der Mörder Rathenaus

Reichsarbeitsminister Seldte hat jüngst bei einem Besuch der Stadt Naumburg an der Saale auf der Burg Saaleck zur Erinnerung an die beiden Rathenau-Mörder Fischer und Kern einen Kranz niedergelegt.

Ein Ehrenbürger verläßt Berlin

Max Liebermann, der große Maler, will trotz seines hohen Alters, den Staub des Dritten Reiches von seinen Füßen schütteln und nach Paris ins Exil gehen. Liebermann ist einer der vier Ehrenbürger von Berlin. Die drei anderen sind der sozialdemokratische Philantrop Hugo Heimann — — und neuerdings die Herren Hitler und Hindenburg!

———///———

Hat Briefträger Schulz eine jüdische Großmutter?

350.000 Beamte der Deutschen Reichspost werden jetzt auf ihre Rassezugehörigkeit geprüft. Es sind bei den Oberdirektionen Ausschüsse gebildet worden, denen mindestens drei Mitglieder der nationalsozialistischen Partei angehören. Die Postverwaltung versichert, daß die Prüfungsarbeiten bereits in vollem Gange sind und eine schwierige Aufgabe bedeuten, da ein Personal von mehreren hunderttausend Menschen in längstens vier Monaten geprüft werden muß.

Judenfreier Badestrand

„Henkenhagen, das Ostseebad des Mittelstandes! Auf hoher, teils bewaldeter Düne gelegen. Stein- und judenfreier Badestrand. 12 km von Kolberg. Kleine Kurtaxe. Seebäder frei! Zeitgemäße Miets und Pensionspreise. Prospekt auf Anfordern durch die Badeverwaltung." (Inserat aus dem „Völkischen Beobachter", München, 6. VI. 19933.)

Pg. oder Pj.?

Das ist die große Frage, die lebhaft erörtert wird. Pg., das ist der Parteigenosse, Pj., das ist der Postenjäger. Selbst nach den offiziellen Reden und Erlässen des Goering und Goebbels ist wohl kein Zweifel, daß die Zahl der Pj. in einer für die Nazis erschreckender Weise zunimmt.

Wo steht England?

Deutschland in der Quarantäne

V. Sch., London. Ende Juni.

„Während des Weltkrieges wurde Deutschland gehaßt — jetzt wird es obendrein noch verachtet", sagte mir ein bekannter Engländer anfangs April, wenige Tage, nachdem ich eingetroffen war.

Ein anderer äußerte: „Noch vor wenigen Monaten war die Stimmung hier so, daß im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschland und Frankreich 85 Prozent der Bevölkerung, wenn nicht sogar mehr, keinen Finger zugunsten der Franzosen gerührt hätten. Heute, nach zwei Monaten Hitler-Regime ist das Verhältnis umgekehrt."

Ein so radikaler und plötzlicher Stimmungsumschwung, so wurde mir weiter versichert, sei in Großbritannien noch nicht dagewesen.

Seitdem haben sich gleichgeschaltete Londoner Korrespondenten wiederholt krampfhaft bemüht, Anzeichen einer gebesserten Stimmung zu entdecken. Wenn irgendwo ein englischer Vergnügungsreisender oder Amateurjournalist nach einem Aufenthalt weniger Tage in Deutschland berichtete, daß da alles in bester Ordnung sei, wurde dies prompt in aller Ausführlichkeit dem deutschen Zeitungsleser als „Beweis" oder zumindest als „Symptom" in aller Breite vorgesetzt.

In Wirklichkeit hat sich seit der April-Debatte im Unterhaus nicht das Geringste geändert, eher zuungunsten des Hitler-Regimes, nachdem auch jene Optimisten, die zunächst an revolutionäre Kinderkrankheiten glaubten und auf eine baldige Rückkehr zu zivilisierten Regierungsformen hofften, erkennen mußten, daß Brutalität und Barbarei nicht etwa Begleiterscheinungen dieses Systems sind, sondern zu seinem eigentlichen Wesen gehören.

Hätte sich der Hitlerismus, wie Mussolini, auf die Unterdrückung der Arbeiterbewegung beschränkt, dann würde sich die Empörung in England auf die Labour Party und die Gewerkschaften, vielleicht auch auf einige fortschrittliche Elemente im bürgerlichen Lager beschränkt, im übrigen aber nach einigen Monaten beruhigt haben. Aber der Antisemitismus der Nazi-Bewegung sorgt selber dafür, daß die Gefühle des Hasses und der Verachtung fast des gesamten britischen Volkes von Woche zu Woche nicht nachlassen, sondern zunehmen. Daß förmliche Gewalt- und Greueltaten begangen werden, wurde als schlimm empfunden; daß sie abgeleugnet werden, noch schlimmer, daß sogar die Juden in Deutschland gezwungen werden, sich an dieser Ableugnungspropaganda zu beteiligen, empfand man als niederträchtig; aber widerwärtiger als alles andere ist in den Augen der Engländer der „stumme Pogrom", die systematische und geradezu sadistische materielle Vernichtung und moralische Achtung der deutschen Juden.

Daraus erklärt sich, daß etwa Mitte Mai einen Augenblick gegeben hat, wo die Stimmung hierzulande bereits derartige Formen annahm, daß man in den verantwortlichen politischen und journalistischen Kreisen plötzlich das Gefühl hatte: Wenn es noch zwei Monate so weiter geht, dann sind wir unweigerlich in einen neuen Krieg verwickelt.

An dieser stürmischen Entwicklung war übrigens nicht zuletzt der famose Herr Alfred Rosenberg schuld, der hier mit der naiven Einstellung gelandet war, er könnte die Engländer davon überzeugen, daß Hitler fünf Minuten vor zwölf die Welt vor dem Bolschewismus gerettet habe, daß die Juden am Bolschewismus schuld sein usw. Seine Kranzniederlegung am Cenotaph (Kriegsgefallenendenkmal) in Whitehall empfand man hier allgemein als eine Beleidigung der britischen Kriegsopfer, die für Freiheit und Recht gefallen sein; sein Verhalten bei einem Pressempfang, wo er vor unbequemen Fragen förmlich davonlief, trug dazu bei, die Stimmung auf den Siedepunkt zu erhitzen, zumal zur selben Zeit Deutschland in Genf mit Wiederaufrüsten drohte und von Papen in Münster eine wahnwitzige Rede über die Schönheit des Todes auf den Schlachtfeldern und über die Mutterpflicht zum Gebären von künftigen Soldaten hielt.

In diesem Augenblick nahm man hier die Reichstagsrede Hitlers mit einem förmlichen Gefühl der Erleichterung auf. Man glaubte ihm zwar kein Wort, aber man tat so, als nähme man seine Friedensbeteuerungen als ein ernsthaftes Versprechen der Besserung auf. Man war in Wirklichkeit froh, der nahenden Kriegsgefahr entgangen zu sein und die Oeffentlichkeit zunächst etwas beruhigen zu können.

Aber innerlich sind die maßgebenden Kreise alles eher denn beruhigt. Sie haben zwar mit schadenfroher Genugtuung festgestellt, daß Hitler unter dem Druck Mussolinis dem abgeänderten und jetzt nichtssagenden Wortlaut des Viermächte-Abkommens zugestimmt hat; sie erblicken darin den Beweis, daß man gegenwärtig außenpolitisch mit den Nazis in einer Weise umspringen kann, die sich keine der früheren Reichsregierungen jemals hätte bieten lassen. Aber bezüglich der Zukunft ist man hier in London nach wie vor sehr besorgt. Die französische, die englische und die polnische Regierung tauschen regelmäßig ihre Informationen aus Deutschland aus. Alle Politiker, die Verbindungen zum hiesigen Auswärtigen Amt unterhalten, sprechen von enormen Rüstungen, die natürlich dem militärischen Nachrichtendienst nicht unbekannt bleiben.

Bestünden noch Zweifel an der tatsächlichen Stimmung Englands — und der übrigen Welt — gegenüber dem „Dritten Reich", so müßten sie durch gewisse Vorgänge in der ersten Woche der Weltwirtschaftskonferenz beseitigt worden sein. Die demonstrative Ovation, die dem österreichischen Bundeskanzler Dollfuß bei seinem Erscheinen am Rednerpult gespendet wurde und noch mehr bei seinen Schlußworten:

„Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben,
Wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt,"

war ein Symptom für die moralische und politische Quarantäne, in der sich das Hitler-Reich befindet. Diese Kundgebung galt ausschließlich dem kleinen Manne, der Hitler in Schach hält und der ihn vor der Welt blamiert und demütigt.

Als genügte den Vertretern des Dritten Reiches diese Blamage nicht, haben sie sich noch das Hugenberg-Memorandum, dieses Stück aus dem Tollhaus, geleistet, dessen nachträgliche panikartige Zurückziehung die ganze Gesellschaft zum Gespött der Welt gemacht hat.

Nein: die Stimmung, die ich hier in den ersten Apriltagen vorgefunden habe, war kein Strohfeuer. Dafür sorgen die Hitler und Göring, die Hugen-und Rosenberge selber!

Aus Genf davongelaufen

Ley und Co. mit Schimpf und Schande hinaus.

Das erste Auftreten der unter der Führung eines Ley stehenden neuen „Vertreter" der Arbeiter Deutschlands auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf hat mit Schimpf und Schande geendet. Die deutsche Delegation war völlig isoliert, sie erhielt nicht einmal die Unterstützung des faschistischen Italiens. Um die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Ley-Delegation nicht nach außen dringen zu lassen, blieb Hitler deshalb gar nichts anderes übrig, als die ganze Delegation zum Verlassen der Konferenz aufzufordern.

Das ist nicht nur eine weitere Niederlage Deutschlands auf dem internationalen Gefechtsboden, sondern auch ein moralischer Erfolg der sozialistischen Arbeiter der Welt, die unter der Führung von Mertens und Jouhaux mit Energie und Geschick den Kampf gegen die nationalsozialistischen Räuber der deutschen Gewerkschaften aufgenommen hatten. Das flegelhafte Benehmen des Ley hatte seine Mitdelegierten, den Reichstagsabgeordneten Stöhr und den Berliner Nazikommissar Engel veranlaßt, bei Hitler die sofortige öffentliche Abberufung des Ley zu verlangen. Hitler aber, feige wie immer, wenn es sich um eine klare Entscheidung handelt, hatte statt dessen vorgezogen, die ganze Delegation zurückzuziehen.

Die Isolierung der deutschen Nazivertreter wurde vollständig durch Aeußerungen von Ley bei einem Journalistenempfang. Sie sind zwar von Ley abgestritten worden. Aber da das Urteil von Dutzenden verantwortungsbewußten und wahrheitsliebenden Journalisten außerhalb Deutschlands mehr gilt als der heiligste Eidschwur eines notorischen Lügners, so war eine Möglichkeit für das Verbleiben von Ley nicht gegeben. Leys Aeußerungen lauten:

„Wir haben denen ein Mal einen Parlamentarismus vorgegeigt, wie sie noch keinen erlebt hatten. Bei jeder neuen Abstimmung schlugen wir, der Faschist und ich, abwechselnd einander vor. Das machte die Kerls ganz nervös. Wir haben uns köstlich amüsiert. Unsere Ueberlegenheit zu Zweien gegen diese stupide Majorität von 28 Ländervertretern war einfach ungeheuer. Das muß energisch gebrandmarkt werden: Daß solche Idiotenstaaten hier dieselben Rechte mit der gleichen Stimme haben sollen wie Deutschland und Italien. Stellen Sie sich vor: Kuba! Uruguay! Bolivien! Was weiß ich, wie sie alle heißen, die Idioten von Südamerikanern! Ich glaube, der Faschist und ich, wir hatten mehr Millionen Bevölkerung hinter uns, als die ganze übrige Blase zusammen. Und was für eine Sorte von Menschen haben die! Gegenüber uns Kulturvölkern, Deutschen und Italienern! Und sowas soll die gleichen Rechte haben wie wir! Das ist doch Marxismus in Reinkultur, diese verrückte Phrase, daß alles, was Menschenantlitz trägt, gleich sei! Das muß immer wieder gebrandmarkt werden in der Presse! Wissen Sie, wenn wir früher die kommunistische Reichstagsfraktion betrachteten, dann hatten wir das Gefühl, daß sie aus lauter ausgesuchten Exemplaren von Zuchthäuslern bestand. Genau so war das heute in der Arbeitergruppe. Diese Typen! Diese Typen! Wenn ich nicht meine handfeste Gruppe hinter mir gehabt hätte, dann hätte mir Angst und bange werden können."

Die Reichsregierung hat zwar amtlich erklärt, sie mißbillige jede Beleidigung der Arbeitnehmer irgend eines Landes. Ley aber verlegte sich aufs Lügen. Und Hitler? — Er kapitulierte vor ihm.

Das Ende ist ein blamables Davonlaufen unter dem Gelächter der ganzen Welt.

Berlin-Prager Zeitungskrieg

Die Prager Regierung hat 98 reichsdeutsche Zeitungen, darunter allen im Ausland bekannten und gelesenen, die Grenze gesperrt. Diese Maßnahme wird mit der Tatsache begründet, daß in Deutschland zahlreiche in der Tschechoslowakei erscheinende Blätter verboten sind. Nach den letzten Berliner amtlichen Berichten waren in Deutschland 254 ausländische Zeitungen verboten. Auf der Verbotsliste sind vertreten: Amerika mit 9, Argentinien 2, Belgien 7, Kanada 2, Dänemark 4, Danzig 3, England 5, Frankreich 31, Holland 9, Lettland 2, Litauen 1, Luxemburg 5, Oesterreich 37, Polen 24, Rumänien 1, Saargebiet 4, Schweden 1, die Schweiz 26, Sowjetrußland 9, Spanien 2 und die Tschechoslowakei mit 66 Zeitschriften.

Gleichschaltung aller Jugendverbände

Der Reichskanzler Adolf Hitler hat eine neue Dienststelle des Reiches geschaffen, die die amtliche Bezeichnung: „Jugendführer des Deutschen Reiches" trägt. Zum Jugendführer des Deutschen Reiches wurde der Riechsjugendführer der Nazis, der 26jährige Reichstagsabgeordneter Baldur von Schirach, ernannt. Der Reichsjugendführer steht an der Spitze aller Verbände der männlichen und weiblichen Jugend, übernimmt außerdem alle Funktionen der staatlichen und kommunalen Ausschüsse der Jugendpflege. Damit ist die organisatorische Selbständigkeit aller deutschen Jugendverbände mit einem Schlag beseitigt, sie haben alle einen „Führer", der die pädagogische und kulturelle Arbeit der großen deutschen Jugendverbände niemals aus eigener Auffassung oder Erfahrung kennen gelernt hat.

Die erste Tat des „Jugendführers des Deutschen Reiches" bestand übrigens darin, die Geschäftsstelle des deutschnationalen, von Admiral von Trotha geführten „Großdeutschen Bundes" zu besetzen und zu schließen, weil der Bund angeblich eine unmittelbar gegen die Hitlerjugend gerichtete feindselige Haltung eingenommen hat.

Was kann Hitler?

Dieser Tage konnte man in Chemnitz an vielen Häuserwänden folgende Aufschrift lesen:

Was kann Hitler?

Feste feiern,
die Fahnen hochfeiern
und die Waren verteuern.

Sofort wurde die SA. alarmiert, die die Wahrheit unter dem Gelächter der Straßenpassanten von den Häusern wieder abkratzte.

Volksvertreter im Kerker

Von der „Freiheit" der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Reichsverfassung sieht vor, daß die Mitglieder der Volksvertretungen immun sind. Als im Februar 1931 der Reichstag die Immunität derjenigen Naziabgeordneten aufhob, gegen die aus zwingenden Gründen des Strafgesetzes Dutzende von Verfahren eingeleitet waren, da tobten die Nazis und boykottierten den Reichstag. Seit dem 5. März 1933 sind ohne Beschluß des Reichstages — von der Verfolgung der kommunistischen Abgeordneten ganz zu schweigen — Dutzende sozialdemokratische Abgeordnete verhaftet. Gegenwärtig sind folgende sozialdemokratische Abgeordnete in Haft:

Dahrendorf-Hamburg, verhaftet am 16 Juni wegen Teilnahme an einer behördlich icht angemeldeten Sitzung der Hamburger Sozialdemokratie.

Eggerstedt-Kiel, verhaftet seit Mitte Mai, angeblich wegen seiner Tätigkeit als Polizeipräsident in Altona.

Faust-Bremen, verhaftet seit Anfang Mai, angeblich zu seinem eigenen Schutz in Haft genommen.

Finke-Herford, verhaftet seit März, wegen Verbreitung von harmlosen Mitteilungen an Mitglieder der sozialdemokratischen Partei.

Fleißner-Dresden, verhaftet seit Anfang März, lediglich, weil er sich einen Tag jenseits der deutschen Grenze aufgehalten hat.

Hartzsch-Chemnitz, verhaftet Mitte Mai, Begründung unbekannt.

Kuhnt-Chemnitz, verhaftet Anfang März wegen seiner Tätigkeit im November 1918 als Präsident der Republik Oldenburg, jedoch ist bisher kein Verfahren eingeleitet worden.

Dr. Leber-Lübeck, verhaftet am 23. März. L. ist inzwischen zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er sich bei einem Ueberfall von Nazis auf ihn und seinen Begleiter zur Wehr gesetzt hat.

Dr. Marum-Karlsruhe, verhaftet seit Anfang März, ursprünglich in Schutzhaft, ist Mitte Mai mit anderen politischen Gefangenen unter den schmählichsten Umständen auf einem Karren ins Konzentrationslager geschleppt worden. M., einem der angesehensten Rechtsanwälte Badens, kann nichts anderes, als seine sachliche politische Tätigkeit zur Last gelegt werden.

Meier-Baden, seit Anfang März in Schutzhaft, wird ebenfalls nur wegen seiner politischen Gesinnung festgehalten.

Dr. Mierendorff-Darmstadt verhaftet am 13. Juni. M. wurde vor der Einlieferung in das Untersuchungsgefängnis in Darmstadt durch die Straßen der Stadt geführt.

Pohle-Striegau, verhaftet seit Ende April, Grund unbekannt.

Puchta-Bayreuth, verhaftet seit Anfang März; hier liegt ein persönlicher Racheakt des jetzigen bayrischen Kultusministers Schemm vor, der bisher Naziführer in Bayreuth war.

Reuter-Magdeburg, verhaftet seit Anfang Juni; angeblicher Grund: seine Tätigkeit als deutscher Kriegsgefangener in Rußland im Jahre 1918.

Roßmann-Stuttgart am 10. Juni zugleich mit dem württembergischen Landtagsab. Pflüger verhaftet, angeblich weil die Inhaftierten im Konzentrationslager Neuberg verlangt haben, daß nicht nur die Verführten, sondern auch die Führer inhaftiert werden.

Saupe-Leipzig, Anfang Juni verhaftet. Begründung unbekannt.

Schirmer-Dresden, verhaftet seit Anfang Mai, Begründung unbekannt.

Seger-Dessau, verhaftet seit Anfang März, nachdem ein Attentat der Nazis auf ihn und seine Frau mißglückt war; S. war bei den Nazis wegen seines Kampfes gegen den Militarismus besonders verhaßt.

Dr. Staudinger-Hamburg, verhaftet am 16. Juni. Grund wie bei Daerendorf.

Leipart, Graßmann und Oswald Schuhmann sind am 10. Juni aus der Haft entlassen worden.

Aber auch Dutzende von Abgeordneten der Länderparlamente sind ebenso grundlos inhaftiert.

Deutsches Recht!

In Perleberg wurde der 81jährige Tischler Richard Ehlert, der behauptet hatte, führende Deutschnationale hätten ihm gesagt, es bestünde im Auslande aus Anlaß der Judenfrage keine Hetze gegen Deutschlad, alle Behauptungen über die ausländische Hetze, habe sich der Reichsminister Göring aus den Fingern gesogen, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.